Anlage 1 zur Vorlage 060/2015

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 136 "Astrid-Lindgren-Schule" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB

Information über die Ziele und Zwecke und wesentlichen Auswirkungen der Planung (§ 13a Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB)

Einwendender	Anregungen und Bedenken	Abwägungsempfehlung
Eine Eigentümergemeinschaft	als Eigentümergemeinschaft des Wohnhauses () bitten wir Sie die in der Variante 3 geplante Baugrenze zur Astrid-Lindgren-Schule von 8 Metern auf 3 Meter zu verschieben. Eine sinnvolle Bebauung des Grundstücks ist nur dann möglich, wenn die Baugrenze zur Astrid-Lindgren-Schule auf 3 Meter festgelegt wird. Insbesondere im Hinblick auf die von der Gemeinde propagierte Nachverdichtung sollte man zu individuellen Lösungen bereit sein. Welche Entwicklung diese Grundstücke im Ortskern letztlich nehmen, ist derzeit noch nicht bekannt, allerdings sollten wir den Standort Nottuln auch im Ortskern durch Ansiedlung junger Familien stärken.	Der Einwand wird aufgegriffen. Die Baugrenze wird östlich, südlich und westlich des Grundstücks der Astrid-Lindgren-Schule auf 3 m festgelegt. Der Abstand der Baugrenzen orientiert sich dabei auch an bereits in der Vergangenheit durchgeführten Änderungen der Vorgänger-Bebauungspläne 002, 006 und 026. Dem Anliegen der innerörtlichen Nachverdichtung wird gegenüber dem Wunsch einiger Anwohner, den Gartenbereich von Bebauung freizuhalten, Vorrang eingeräumt. (vgl. Begründung zum Bebauungsplan Nr. 136, Kapitel 1.5.II.1)
Zwei Eigentümer	(persönlich zur Niederschrift): Es wird darum gebeten, die Nachverdichtung im Gartenbereich des Oberstockumer Wegs nur eingeschossig zu ermöglichen. Da das Gelände für die Nachverdichtung höher liegt, als der Oberstockumer Weg, wird eine Verschattung der Bestandsgebäude und Gärten befürchtet. Am liebsten wäre gar keine Bebauung im rückwärtigen Bereich. Der Ausblick ins Grüne einschließlich der Nachbargrundstücke war Grundlage für den Hauskauf.	Dem Einwand wird nicht gefolgt. Der bisherige Bebauungsplan ermöglicht bereits zweigeschossige Bebauung entlang der Straßen und die meisten Bestandgebäude im Plangebiet sind zweigeschossig. Auch das Schulgebäude ist mehrgeschossig. Die Grundstücksflächen für eine Nachverdichtung sind vergleichsweise klein. Auf Grund der Bestandssituation und für eine bessere Ausnutzbarkeit der zentral gelegenen Grundstücke wird die Geschossigkeit auf

		zwei Vollgeschosse festgesetzt. Eine teilweise Verschattung der Gartenbereiche und ggf. zeitweise der Gebäude wird dabei in Kauf genommen. Zu Gunsten dieses städtebaulichen Ziels werden die Einwände bezüglich der Bestandsbebauung zurückgestellt. Im Übrigen wird auf den bauordnungsrechtlichen Nachbarschutz verwiesen. (vgl. Begründung zum Bebauungsplan Nr. 136, Kapitel 1.5.II.3)
	Ist die Kanalisation tragfähig genug?	Die Gemeindewerke weisen in Ihrer Stellungnahme zum Planverfahren darauf hin, dass die Einleitmenge bei Neubaumaßnahmen für Regenwasser in den Abwasserkanal auf 5 Liter/Sek. begrenzt ist. Bei Neubaumaßnahmen muss daher im Entwässerungsantrag ein entsprechendes Rückhaltevolumen auf den Grundstücken nachgewiesen werden. Unter Einhaltung dieser Voraussetzung werden seitens der Gemeindewerke keine Bedenken zur Tragfähigkeit der Kanalisation erhoben.
Zwei Eigentümer	(persönlich zur Niederschrift): Befürworten den Erhalt der Gärten.	Dem Einwand wird nicht gefolgt. Für das Ziel der Nachverdichtung wird eine Be- bauung der Gärten ermöglicht. Es be- steht aber keine Bauverpflichtung.
	Bitten darum, bei zweigeschossiger Bauweise keine Drempel zuzulassen.	Dem Einwand wird teilweise gefolgt. Die Festsetzungen zu Drempeln werden im

Allgemeinen Wohngebiet aus dem beste- henden Bebauungsplan übernommen.
Im Mischgebiet werden zur besseren
Ausnutzbarkeit der Obergeschosse
Drempel bis zu 70 cm Höhe zugelassen.
Dadurch, dass im Wohngebiet bei zwei-
geschossiger Bauweise keine Drempel
zugelassen sind, findet eine Abstufung
mit Rücksicht auf die Bestandsbebauung
statt (vgl. Begründung Kapitel I.5.V)

Offenlage (§ 3 Abs. 2 BauGB)

- Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)

Behörde	Anregungen und Bedenken	Abwägung
Kreis Coesfeld	zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Astrid-Lindgren-Schule" nimmt der Kreis Coesfeld wie folgt Stellung:	
Untere Immissions- schutz-behörde	Aus den Belangen der Unteren Immissionsschutzbehörde werden gegen den vorliegenden Bebauungsplanentwurf keine Bedenken angemeldet. Es wird der Hinweis gegeben, dass die Beurteilung der Lärmimmissionen von öffentlichen Straßenverkehr dem zuständigen Straßenbaulastträger obliegt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Grundwasser	Der Aufgabenbereich Grundwasser erklärt, dass die Wasserversorgung der Einzelgrundstücke vorrangig durch Anbindung an das öffentliche Netz erfolgen sollte. Sollten im Einzelfall Eigenwasserversorgungsanlagen in Betracht gezogen werden, so sind diese in wasserrechtlicher Hinsicht mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Coesfeld abzustimmen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

	Sollte auf einzelnen Grundstücken die Nutzung von Erdwärme in Betracht gezogen werden, so ist dies ebenfalls in wasserrechtlicher Hinsicht mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Coesfeld abzustimmen.	
Brandschutzdienststelle	Laut Brandschutzdienststelle ist die Sicherstellung einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung gemäß § 1 Abs. 2 FSHG eine Aufgabe der Gemeinde.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Löschwasserversorgung mit 96m³/h ist gewährleistet.
	Bei Gebäuden, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von der öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, müssen nach § 5 (4) BauO NRW Zufahrten zu den vor und hinter den Gebäuden gelegenen Grundstücksteilen eingeplant werden. Diese müssen für Feuerwehrfahrzeuge ausreichend befestigt und tragfähig sein (für eine Achslast von 10 t) und eine Mindestbreite von 3 m aufweisen.	
	Ob Feuerwehr -Zufahrten, -Umfahrten, -Durchfahrten, -Aufstell- und Bewegungsflächen notwendig werden, kann erst im jeweiligen Baugenehmigungsverfahren geklärt werden.	
Gesundheitsamt	Die Planunterlagen haben auch dem Gesundheitsamt vorgelegen und wurden hinsichtlich gesundheitlicher Belange geprüft. Gemäß Antragsunterlagen wurde ein Gutachten über die zu erwartenden Emissionen durchgeführt. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Orientierungswerte gemäß DIN 18005 - für Allgemeine Wohngebiete – teilweise überschritten werden und Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind. Sofern die Lärmminderungsmaßnahmen wie beschrieben realisiert werden, bestehen seitens des Gesundheitsamtes gegen den o.g. Bebau-	Maßnahmen zur Lärmminderung sind im Bebauungsplan festgesetzt und im Zuge von Bauvorhaben zu beachten. Bei Ein- haltung der Vorgaben des Bebauungs- plans ist der Lärmschutz somit gewähr- leistet.
Bauaufsicht	ungsplan keine Bedenken. Aus Sicht der Bauaufsicht bestehen ebenfalls keine Bedenken.	-

Gemeindewerke		
Gebühren und Beiträge	Anschlussbeiträge für Trink- und Abwasser laut Satzung der Gemeinde Nottuln	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Abwasser	Kanalanschluss gegen Kostenerstattung durch die Gemeindewerke Nottuln möglich. Einleitmenge bei Neubaumaßnahmen für Regenwasser in den Abwasserkanal auf 5 Liter/Sek. begrenzt. Entwässerungsantrag mit Rückhaltenachweis ist bei den Gemeindewerken einzureichen.	Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen worden.
Trinkwasser	Trinkwasseranschluss nach Antragsstellung gegen Kostenerstattung möglich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Straßenbau	Anbindung von Wegen, Hofzufahrten und Stellplätzen an die Gemeindestraße nach Planvorlage und Kostenübernahme möglich. Die Entwässerung befestigter Wege und Plätze muss vor der Grenze zur Gemeindestraße erfolgen und über die zu erstellende Rückhaltung der Neubaumaßnahme eingeleitet werden.	Ein entsprechender Hinweis ist in den Bebauungsplan aufgenommen worden.
Grünanlagen	Vor Beginn der Baumaßnahmen ist die öffentliche Grünfläche im Grenz- bereich abnahmen zu lassen und gegebenenfalls Anpflanzungen als Er- satzmaßnahmen nach Vorgabe durch die Gemeindewerke zu erstellen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Gelsenwasser	Wir weisen darauf hin, dass die Abbindung der vorhandenen Anschluss- leitungen beim Abbruch von Gebäuden in Rechnung gestellt wird.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Telekom	Innerhalb des Planbereiches befinden sich bereits Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus dem beigefügten Plan ersichtlich ist. Diese dienen der Versorgung der vorhandenen Bebauung. Wir gehen davon aus, dass die vorhandenen Tk-Linien in ihrer jetzigen Lage verbleiben können.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

	Zur Versorgung der zukünftigen Hinterbebauung können Erweiterungsmaßnahmen unserer vorhandenen Tk- Linien erforderlich sein. Diese würden bei Bedarf dann im bekannten Verfahren durchgeführt werden. Aus unserer Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 136 "Astrid- Lindgren-Schule" der Gemeinde Nottuln. Der Vorgang wird bei uns unter dem Zeichen w00000054202385 geführt.	
Straßen.NRW	Die Gemeinde beabsichtigt den o.a. Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist die Anpassung der Festsetzungen an die geänderte städtebauliche Zielstellung der Gemeinde, die Nachnutzung des Grundstücks des ehemaligen Jugendzentrums "KOT-Heim", die Förderung von Nachverdichtung, sowie die Steuerung von Vergnügungsstätten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
	Der Geltungsbereich grenzt im östlichen Bereich, innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt, an die Daruper Straße. Nach Fertigstellung der Nordumgehung Nottuln wird u.a. die Daruper Straße (B525) zur Gemeindestraße herabgestuft.	
	Zu dem o.a. Planverfahren werden seitens des Landesbetriebes Straßen- bau NRW, Regionalniederlassung Münsterland, keine Anregungen und Bedenken vorgetragen.	

Erneute Offenlage (§ 3 Abs. 2 BauGB i. V. m § 4a Abs. 3 BauGB.)

Eine Eigentümergemein- schaft	Wir bitten um Berücksichtigung und Prüfung unserer Eingabe.	
----------------------------------	---	--

Verschiebung der Baugrenze erstmalig die Möglichkeit, ihre Grundstücke als Wohnbauland zu nutzen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine Erschließung von der Daruper Straße aus.

Sollte die Anregung das Ziel verfolgen, eine Erschließung über das Gelände der Astrid-Lindgren-Grundschule zu erwirken, so wird wie folgt abgewogen:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Der Bebauungsplan Nr. 136 "Astrid-Lindgren-Schule" unterstützt die Nachverdichtung im Geltungsbereich. Unabdingbare Voraussetzung für eine Bebauung "in 2. Reihe" ist jedoch nach § 30 BauGB eine gesicherte Erschließung. Wie in Kapitel I.5.VI dargelegt, soll diese über die Vordergrundstücke erfolgen. Es ist kein Bau neuer öffentlicher Erschließungsanlagen vorgesehen. Eine Erschließung über die bestehenden Schulhofflächen ist ebenfalls nicht vorgesehen. Diesem Ansinnen widerspricht die intensive Nutzung des Schulhofes (auch außerhalb der Schulzeiten) durch Kinder. Ein Nebeneinander von Schulhofnutzung

In Hinblick auf die Einrichtung eines Notwegerechtes wird darauf hingewiesen, dass eine Entscheidung hierzu sich nach

und Erschließungsfunktion ist aus Sicher-

heitsaspekten nicht hinnehmbar.

den Vorgaben von §§ 917 und 918 BGB richtet und nicht Gegenstand des Bebau- ungsplanverfahrens ist. Ein entsprechen- der formloser Antrag der Eigentümerge- meinschaft liegt der Gemeinde zu Prü-
fung vor. Es wird jedoch darauf hinge- wiesen, dass nach Einschätzung der Ge-
meinde Nottuln die Voraussetzungen für
ein Notwegerecht nicht erfüllt sind, da dies für die ordnungsgemäße Nutzung
des Grundstücks (maßgeblich ist aus-
schließlich die heutige gärtnerische Nutzung) nicht erforderlich ist.

Erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB)

Behörde	Anregungen und Bedenken	Abwägung
Kreis Coesfeld	zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Astrid-Lindgren-Schule" nimmt der Kreis Coesfeld wie folgt Stellung:	
Untere Landschaftsbe- hörde	Seitens der Unteren Landschaftsbehörde bestehen keine Bedenken, sofern die Hinweise der artenschutzrechtlichen Prüfung (öKon Dez. 2014, Kap. 7-8, S. 14-15) beachtet werden.	Die entsprechenden Hinweise wurden in den Bebauungsplan übernommen. Die Beachtung der Hinweise obliegt den Grundstückseigentümern bzw. Bauher- ren.
Grundwasser	Der Aufgabenbereich Grundwasser erklärt, dass die Wasserversorgung der Einzelgrundstücke vorrangig durch Anbindung an das öffentliche Netz erfolgen sollte. Sollten im Einzelfall Eigenwasserversorgungsanlagen in Betracht gezogen werden, so sind diese in wasserrechtlicher Hinsicht mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Coesfeld abzustimmen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

	Sollte auf einzelnen Grundstücken die Nutzung von Erdwärme in Betracht gezogen werden, so ist dies ebenfalls in wasserrechtlicher Hinsicht mit der Unteren Wasserbehörde des Kreises Coesfeld abzustimmen.	
Brandschutzdienststelle	Der Brandschutzdienststelle wurde während der Beteiligung im Januar 2015 die ausreichende Löschwasserversorgung im Gespräch mit Ihnen (Frau Odenthal) direkt nachgewiesen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Löschwasserversorgung mit 96m³/h ist gewährleistet.
	Um die weitere Bearbeitung zu beschleunigen hat der Mitarbeiter des Kreises Coesfeld, Herr Oude-Steege, dem Bebauungsplan aus Sicht der Brandschutzdienststelle gegenüber der Gemeinde Nottuln grünes Licht gegeben.	Der Bitte wird nicht gefolgt. Auf Grund der problemlosen Versorgung im Plange- biet und des bereits erfolgten Nachweises wird in diesem Fall keine Notwendigkeit
	Die nun neu vorgelegten Unterlagen zum o.g. <u>B-Plan</u> enthalten aber noch immer keine Angaben zur Versorgung des Plangebietes mit Löschwasser (Mengenangabe in m³) und keine Angaben zur Möglichkeit der Löschwasserentnahme (z.B. Hydranten, Hydrantenabstände, Kennzeichnung) durch die Feuerwehr.	für eine Ergänzung der Begründung gesehen.
	Es wird gebeten, dass die Begründung mit dem notwendigen Nachweis der Löschwasserversorgung ergänzt wird.	
Bauaufsicht	Aus Sicht der Bauaufsicht bestehen keine Bedenken. Es wird jedoch angeregt, die Darstellung der Vorgartenfläche (Planzeichen) so zu ändern, dass sie auch in der gedruckten Variante eindeutig erkennbar ist.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Endaus- fertigung des Satzungsplanes wird mit kontrastreicheren Planzeichen erstellt.
Gemeindewerke		
	Nach Prüfung der Vorlage vom 26.03.2015 haben sich keine relevanten Veränderungen für die Gemeindewerke Nottuln ergeben, so dass die Stellungnahmen der Gemeindewerke vom 19.02.2015 zur Prüfung des Entwurfes mit Schreiben vom 22.01.2015 weiterhin gelten.	Die Abwägungsempfehlungen bleiben entsprechend unverändert bestehen (s.o.)

Gelsenwasser	Wir weisen nochmals freundlich darauf hin, dass die Abbindung der vorhandenen Anschlussleitungen beim Abbruch von Gebäuden in Rechnung gestellt wird.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Telekom	Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben "w00000054202385" vom 27. Februar 2015 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
Straßen.NRW	Die Gemeinde beabsichtigt den o.a. Bebauungsplan aufzustellen. Ziel ist die Anpassung der Festsetzungen an die geänderte städtebauliche Zielstellung der Gemeinde, die Nachnutzung des Grundstücks des ehemaligen Jugendzentrums "KOT-Heim", die Förderung von Nachverdichtung, sowie die Steuerung von Vergnügungsstätten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men.
	Der Geltungsbereich grenzt im östlichen Bereich, innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt, an die Daruper Straße. Nach Fertigstellung der Nordumgehung Nottuln wird u.a. die Daruper Straße (B525) zur Gemeindestraße herabgestuft.	
	Zu dem o.a. Planverfahren werden seitens des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Münsterland, keine Anregungen und Bedenken vorgetragen.	